

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Kerstin Müller (Köln), Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/11439 –**

### **Einsatzmoratorium und Ächtung von DU-Munition vorantreiben**

#### **A. Problem**

Die antragstellende Fraktion weist darauf hin, dass Munition aus abgereichertem Uran gegenwärtig von rund 20 Staaten besessen wird und unter anderem im Golfkrieg von 1991, in den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien sowie im Irak zum Einsatz gekommen ist. Die andauernde Auseinandersetzung über die gesundheitlichen und ökologischen Risiken von DU-Munition mit unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Ergebnissen führe zu Unklarheiten über die toxischen und radiologischen Folgen sowie einer enormen Verunsicherung der Bevölkerung und der in den betroffenen Regionen eingesetzten Zivilisten und Militärangehörigen. Daneben werfe die ungeklärte Kausalität zwischen dem Einsatz von DU-Munition und Krankheits- bzw. Todesfällen völkerrechtliche Probleme auf.

Die antragstellende Fraktion unterstreicht, dass sich verschiedene internationale Institutionen gegen den Einsatz von DU-Munition ausgesprochen hätten, darunter der Generalsekretär, die Generalversammlung und der Unterausschuss für Menschenrechte der Vereinten Nationen. Mehrere Länder seien dabei, die Verwendung und Herstellung von Uranwaffen gesetzlich zu verbieten. Das Europäische Parlament habe sich für eine vollständige Ächtung ausgesprochen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Öffentlichkeit über die Risiken von DU-Munition aufzuklären, das Parlament über aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und die Debatte innerhalb der Vereinten Nationen zu unterrichten, sich für die Identifizierung und Entgiftung kontaminierter Gebiete einzusetzen, innerhalb der EU und der NATO auf ein sofortiges Moratorium für die Verwendung von Uranwaffen zu drängen und international für die Beauftragung unabhängiger wissenschaftlicher Untersuchungen einzutreten. Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, die Verwendung, Herstellung, Lagerung sowie den Handel mit Uranwaffen national zu verbieten und eine Führungsrolle bei der Aushandlung eines internationalen Verbotsabkommens zu übernehmen.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/11439 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2009

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Ruprecht Polenz**  
Vorsitzender

**Eduard Lintner**  
Berichterstatter

**Dr. Rolf Mützenich**  
Berichterstatter

**Dr. Werner Hoyer**  
Berichterstatter

**Dr. Norman Paech**  
Berichterstatter

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Eduard Lintner, Dr. Rolf Mützenich, Dr. Werner Hoyer, Dr. Norman Paech und Kerstin Müller (Köln)

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/11439** in seiner 203. Sitzung am 30. Januar 2009 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf **Drucksache 16/11439** in seiner 82. Sitzung am 11. Februar 2009 zur gutachtlichen Mitberatung an den Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 148. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 110. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 30. Juni 2009

beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 93. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der SPD und Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 89. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und empfiehlt gutachtlich mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und bei Abwesenheit der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

### III. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 93. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Berlin, den 1. Juli 2009

**Eduard Lintner**  
Berichtersteller

**Dr. Rolf Mützenich**  
Berichtersteller

**Dr. Werner Hoyer**  
Berichtersteller

**Dr. Norman Paech**  
Berichtersteller

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstellerin